PRÄSIDENTIELLE MASSNAHMEN

WIEDEREINFÜHRUNG DER TODESSTRAFE UND SCHUTZ DER ÖFFENTLICHEN SICHERHEIT

Das Weiße Haus

20. Januar 2025

Kraft der mir als Präsident durch die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika verliehenen Befugnisse wird hiermit Folgendes angeordnet:

Abschnitt 1. Zweck. Die Todesstrafe ist ein wesentliches Instrument zur Abschreckung und Bestrafung derjenigen, die die abscheulichsten Verbrechen und Akte tödlicher Gewalt gegen amerikanische Bürger begehen würden.

Vor, während und nach der Gründung der Vereinigten Staaten haben sich unsere Städte, Bundesstaaten und unser Land kontinuierlich auf die Todesstrafe als ultimatives Abschreckungsmittel und einzig angemessene Strafe für die abscheulichsten Verbrechen verlassen. Unsere Gründerväter wussten genau, dass nur die Todesstrafe Gerechtigkeit bringen und die Ordnung als Antwort auf solch ein Übel wiederherstellen kann. Aus diesem und anderen Gründen genießt die Todesstrafe weiterhin breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Doch schon viel zu lange haben Politiker und Richter, die sich gegen die Todesstrafe aussprechen, die Gesetze unseres Landes missachtet und untergraben Sie versuchen ständig, die Vollstreckung rechtmäßig verhängter Todesurteile zu verhindern und setzen ihre persönlichen Überzeugungen über das Gesetz. Als Präsident Biden 2021 sein Amt antrat, erlaubte er seinem Justizministerium, ein Moratorium für Hinrichtungen auf Bundesebene zu erlassen – entgegen seiner Pflicht, die US-Gesetze zur Todesstrafe gewissenhaft auszuführen. Am 23. Dezember 2024 wandelte Präsident Biden die Todesurteile von 37 der 40 abscheulichsten und sadistischsten Vergewaltiger, Kinderschänder und Mörder im Todestrakt des Bundesgefängnisses um: skrupellose Verbrecher, die junge Kinder brutal misshandelten, ihre Opfer erdrosselten und ertränkten und Fremde zum Vergnügen jagten. Er wandelte ihre Urteile um, obwohl die Gesetze unseres Landes seit jeher Opfer schützen, indem sie die Todesstrafe für barbarische Taten wie die ihren verhängen. Richter, die die Todesstrafe ablehnen, haben das Gesetz ebenfalls missachtet, indem sie fälschlicherweise behaupteten, die Todesstrafe sei verfassungswidrig, obwohl die Verfassung die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe ausdrücklich anerkennt.

Diese Bemühungen, die Todesstrafe zu untergraben und auszuhebeln, verstoßen gegen die Gesetze unserer Nation, verhöhnen die Gerechtigkeit und beleidigen die Opfer dieser schrecklichen Verbrechen. Die feierlichste Verantwortung der Regierung ist es, ihre Bürger vor abscheulichen Taten zu schützen, und meine Regierung wird keine Bemühungen dulden, die Gesetze zu behindern und auszuhöhlen, die die Todesstrafe gegen diejenigen vorsehen, die schreckliche Gewalttaten gegen amerikanische Bürger begehen.

§ 2. Politik. Es ist die Politik der Vereinigten Staaten, sicherzustellen, dass die Gesetze, die die Todesstrafe vorsehen, geachtet und gewissenhaft umgesetzt werden, und den Politikern und Richtern entgegenzuwirken, die das Gesetz untergraben, indem sie die Vollstreckung von Todesurteilen behindern und verhindern.

§ 3. Bundes-Todesstrafe. (a) Der Generalstaatsanwalt verfolgt die Todesstrafe für alle Verbrechen, deren Schweregrad ihre Anwendung erfordert.

(b) Zusätzlich zur Verfolgung der Todesstrafe, wo immer dies möglich ist, verfolgt der Generalstaatsanwalt, soweit dies mit geltendem Recht vereinbar ist, die Bundesgerichtsbarkeit und strebt die Todesstrafe unabhängig von anderen Faktoren für jedes Bundesverbrechen an, das Folgendes beinhaltet:

(i) Der Mord an einem Polizeibeamten; oder

(ii) Ein Kapitalverbrechen, das von einem Ausländer begangen wurde, der sich illegal in diesem Land aufhält

Der Generalstaatsanwalt soll die Generalstaatsanwälte und Bezirksstaatsanwälte der Bundesstaaten dazu anhalten, Anklage wegen Kapitalverbrechen auf Landesebene zu erheben, wobei den in den Unterabschnitten (i) und (ii) beschriebenen Verbrechen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist, unabhängig davon, ob das Bundesverfahren zu einer Todesstrafe führt.

(d) Der Generalstaatsanwalt soll alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um das Justizhandbuch auf der Grundlage der in dieser Exekutivanordnung dargelegten Politik und des darin festgelegten Zwecks zu ändern.

(e) Der Generalstaatsanwalt soll die Haftorte und Haftbedingungen für jeden der 37 Mörder, deren Bundestodesurteile von Präsident Biden umgewandelt wurden, bewerten und alle rechtmäßigen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass diese Straftäter unter Bedingungen inhaftiert werden, die der Ungeheuerlichkeit ihrer Verbrechen und den von ihnen ausgehenden Bedrohungen entsprechen. Der Generalstaatsanwalt soll ferner bewerten, ob diese Straftäter wegen Kapitalverbrechen auf Landesebene angeklagt werden können, und soll den Landes- und Kommunalbehörden geeignete Maßnahmen empfehlen

§ 4. Aufrechterhaltung der Todesstrafe in den Bundesstaaten. (a) Der Generalstaatsanwalt trifft alle notwendigen und rechtmäßigen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass jeder Bundesstaat, der die Todesstrafe zulässt, über einen ausreichenden Vorrat an Medikamenten verfügt, die für die Durchführung der tödlichen Injektion benötigt werden.

(b) Der Generalstaatsanwalt trifft alle geeigneten Maßnahmen, um jeden anhängigen Antrag auf Zertifizierung eines Bundesstaates gemäß 28 U.S.C. 2265 zu genehmigen oder abzulehnen.

§ 5. Anstreben der Aufhebung von Präzedenzfällen des Obersten Gerichtshofs, die die Todesstrafe behindern. Der Generalstaatsanwalt trifft alle geeigneten Maßnahmen, um die Aufhebung von Präzedenzfällen des Obersten Gerichtshofs zu erwirken, die die Befugnis der Bundesstaaten und der Bundesregierung zur Verhängung der Todesstrafe einschränken.

§ 6. Strafverfolgung zum Schutz der Bevölkerung. (a) Der Generalstaatsanwalt räumt der öffentlichen Sicherheit und der Strafverfolgung von Gewaltverbrechen angemessene Priorität ein und trifft alle erforderlichen geeigneten Maßnahmen, um die transnationale Kriminalität in den Vereinigten Staaten zu bekämpfen

(b) Um den bestmöglichen Schutz der amerikanischen Gemeinden vor Gewalt zu gewährleisten, soll der Generalstaatsanwalt die Generalstaatsanwälte der Bundesstaaten und die Bezirksstaatsanwälte dazu anhalten, Richtlinien und Praktiken zu übernehmen, die mit Unterabschnitt (a) übereinstimmen. Die Bundesstrafverfolgungsbehörden sollten sich nach Möglichkeit mit den Strafverfolgungsbehörden der Bundesstaaten und der Kommunen abstimmen, um diese Ziele zu erreichen.

§ 7. Allgemeine Bestimmungen. (a) Nichts in dieser Anordnung darf so ausgelegt werden, dass dadurch beeinträchtigt oder anderweitig beeinflusst wird:

(i) die gesetzlich einer Exekutivbehörde oder -agentur oder deren Leiter übertragene Befugnis; oder

(ii) die Funktionen des Direktors des Office of Management and Budget in Bezug auf Haushalts-, Verwaltungs- oder Gesetzesvorschläge.

(b) Diese Anordnung ist im Einklang mit geltendem Recht und vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln umzusetzen.

(c) Diese Anordnung ist nicht dazu bestimmt und begründet auch kein materielles oder verfahrensrechtliches Recht oder keinen Vorteil, der von irgendeiner Partei gegen die Vereinigten Staaten, ihre Ministerien, Agenturen oder Einrichtungen, ihre Beamten, Angestellten oder Beauftragten oder eine andere Person gerichtlich oder billigkeitsrechtlich durchgesetzt werden kann. DAS WEISSE HAUS

20. Januar 2025